

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe GUT Köln
Ratsgruppe Klimafreunde

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 04.02.2021

AN/0248/2021

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.02.2021

Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Ratsitzung am 4. Februar 2021 zu setzen.

Gemeinschaftsunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete entsprechen weder den Bedarfen von besonders schutzbedürftigen Menschen noch sind sie insbesondere in Pandemiezeiten als Unterbringungsform geeignet. Sie gehören abgeschafft.

Nach einer Studie der Universität Bielefeld bereits von Mai 2020 sind sie besonders gefährdet zu Hotspots für Corona-Infektionen zu werden. Nachdem es aufgrund einzelner positiv getesteter Fälle mehrfach zu wochenlangen Quarantäneanordnungen gegenüber den Bewohner*innen der Unterkunft Herkulesstr. gekommen war, ist dort nunmehr das Virus vollends ausgebrochen. Der Gefahr eines Virusausbruchs auch in anderen Gemeinschaftsunterkünften muss kurz- und mittelfristig begegnet werden.

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße ist zu schließen. Zunächst sollen Risikogruppen und vulnerable Personen kurzfristig in freie abgeschlossene Wohneinheiten oder Einrichtungen, die besseren Infektionsschutz sicherstellen, sowie in Hotels untergebracht werden. Die Schulwege schulpflichtiger Kinder sollen - insoweit Präsenzunterricht gegeben ist oder sein wird - bei der Bestimmung der Einrichtung berücksichtigt werden.
2. Es wird ein Aufnahmestopp für alle Gemeinschaftsunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete in der Stadt Köln angeordnet. Die Anzahl der dort lebenden Bewoh-

ner*innen ist planmäßig zu reduzieren, wobei Risikogruppen und vulnerable Personen vorrangig in anderen Unterkünften untergebracht werden sollen.

3. Die Arbeitsgruppe von Mitarbeitenden der Verwaltung und Mitgliedern des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen zur Weiterentwicklung der „Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“, die der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 10.09.2020 zur Kenntnis nahm, soll sich als Erstes mit der Beendigung der Gemeinschaftsunterbringung in der Stadt Köln befassen und hierzu zeitnah ein Konzept ausarbeiten und dem Rat vorlegen.

Begründung:

Der Antrag ist dringlich. Es besteht Handlungsbedarf:

Von den 108 Bewohner*innen der Unterkunft in der Herkulesstraße wurden 41 positiv auf Corona getestet, 31 von ihnen mit einer der neuen Varianten. Außerdem haben sich 16 Menschen, die dort arbeiten, infiziert, 11 von ihnen mit einer der Varianten. Insbesondere die neuen Varianten des Virus, die sich deutlich schneller verbreiten, zwingen uns weiterhin Kontakte zu minimieren. Damit sind aber Unterbringungen mit Gemeinschaftsverpflegung und -sanitärräumen nicht vereinbar. Die Stadt verfügt über genügend freie Plätze, um die 108 Menschen sicherer unterzubringen.

Es gibt auch klare Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, dass eine Vollquarantäne, wie sie nun von der Stadt verordnet wurde, vermieden werden sollte.¹ Der Ausbruch in der Unterkunft an der Herkulesstraße zeigt erneut, wie richtig und wichtig es ist, dass Schutzsuchende in eigene, sichere Wohnungen umziehen können. Dabei geht es um den Gesundheitsschutz nicht nur der Bewohner*innen und der Mitarbeitenden, sondern der ganzen Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

Gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

Gez.
Karina Syndicus und Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT Köln

Gez.
Nicolin Gabrysch und John Akude
Ratsgruppe Klimafreunde

¹ https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/AE-GU/Aufnahmeeinrichtungen.html